



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/32

7. Februar 1950

Was beabsichtigt Bonn?

300.000 Berliner Arbeitslose warten auf Antwort
H.K. Berlin, 7. Februar

"Die Stadt Berlin, der die Sympathie der freien Völker und der Welt gehört, wird auch weiterhin die Hilfe und Unterstützung des amerikanischen Volkes erhalten". Mit Genugtuung hat man in Berlin diese programmatische Feststellung aus der Stuttgarter Rede des amerikanischen Hohen Kommissars vernommen. Wird Berlin, so fragt man sich aber hier auch, ebenso die Unterstützung der Bundesregierung finden, soweit es notwendig und möglich ist? Nach allen bisherigen Erfahrungen ist man in dieser Einsicht skeptisch.

Man erinnert sich, dass der Ende 1949 sich langsam anbahnende Gesundungsprozess der Westberliner Wirtschaft die Bonner Regierung zu einer ganz falschen Beurteilung der Berliner Situation verleitet hat. Auch das ohnehin sehr beschränkte Weihnachtsgeschäft veranlasste diese Täuschung und - in ihrem Gefolge - die katastrophale Kürzung der Bundeshilfe für Berlin um monatlich fünf Millionen DM. Im Anschluss daran kam es zu einer höchst unangenehmen und leider für Berlin ganz erfolglosen Kontroverse über die der Stadt gegebenen Zusicherungen.

Inzwischen ist die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf annähernd 300.000 gestiegen. Sie beweist, wie leichtfertig es im Grunde war, aus den ersten Symptomen einer Aufwärtsbewegung der Berliner Wirtschaft sofort auf eine grundsätzliche Besserung der Gesamtsituation zu schließen. Man weiss im Grunde jetzt überall, dass es unerlässlich ist, bis zum Ablauf der Marshallplanhilfe, also innerhalb der nächsten zwei Jahre, mindestens 200.000 Berliner Arbeitslose wieder in den Produktionsprozess einzuordnen. Das kann nur mit Hilfe von Investitionskrediten durch Westdeutschland und die westlichen Besatzungsmächte geschehen. Dabei ist an eine vollständige Beendigung der Subventionen für absehbare Zeit überhaupt nicht zu denken.

Was ist im Grunde bisher für Berlin geschehen? Ausser den

Hilfsgeldern für den Magistrat hat die Berliner Wirtschaft 23 Mill. D-Mark Blockadehilfe erhalten, durch die die betrieblichen Mehrkosten infolge der Blockade ersetzt worden sind. Durch Rationalisierung der Betriebe und der Verwaltung ist es gelungen, die Leistung je Kopf der Beschäftigten im letzten halben Jahr um 25 Prozent zu erhöhen. Die Produktionskosten konnten dadurch gesenkt werden - aber wieder nur durch Einsparung weiterer Arbeitskräfte. Durch die Ankündigung von Investitionskrediten vor Weihnachten war die Zuversicht der Westberliner Wirtschaft zweifellos belebt worden. Aber schliesslich werden diese Kredite vermutlich erst im April und Mai wirksam werden, ausserdem dürften sie zu 40 bis 50 Prozent in Westdeutschland und nicht in Berlin ausgegeben werden. Auch die Wohnungsbaukredite in Höhe von 35 Mill. DM können sich kaum vor Beendigung des Winters auswirken.

Man steht also, trotz gewissen Aussichten, immer noch mitten in der Krise und deshalb hat man es in Berlin geradezu als eine Brückierung und als ganz unbegreiflich empfunden, dass ausgerechnet in diesem Stadium, in dem die Arbeitslosenziffer Westberlins auf das Mehrfache des westdeutschen Durchschnittes anstieg, jene rigorose Kürzung festgelegt wurde. Vielfach erblickt man hierin sogar ein bewusstes Manöver bestimmter westdeutscher Interessenten, um der von dem Berliner Magistrat verfolgten planvollen Wirtschaftsgesundung Schwierigkeiten zu machen.

Es ist auch unerlässlich, sich in Bonn klarzumachen, dass der Index der Berliner Industrie mengenmässig nur 25 Prozent der Produktion von 1936 erreicht - unter Einrechnung der Bevölkerungsabnahme Berlins also bestenfalls 34 Prozent. Die Schaffung hunderttausender neuer Arbeitsplätze ist also mit dem Mittel individueller Investitionsprojekte gar nicht möglich, weil im Augenblick in Berlin nicht die Firmen vorhanden sind, die die notwendigen Investitionen schnell und umfassend vornehmen könnten. Will man also bis 1952 das Problem der Berliner Arbeitslosigkeit lösen, so muss sowohl auf dem Gebiet der Gütererzeugung, als auch auf dem der behördlichen Dienstleistung zunächst einmal zu einer grosszügigen Firmengründung geschritten werden. Man kann nicht noch jahrelang hunderttausende Berliner Arbeitslose dahinvegetieren lassen, wenn man nicht schwerste soziale und politische Gefahren heraufbeschwören will.

Gibt es bereits einen "Maoismus"?

(sp.) London, im Februar

Die politische Terminologie in den angelsächsischen Ländern ist um einen neuen Begriff bereichert worden: um den des "Maoismus". Als "Maoismus" bezeichnet man heute in London die chinesische Spielart (Mao Tse Tung) des Titoismus und Gomulkaismus; in die reale politische Welt übertragen einen Widerstand gegen die Moskauer Generallinie. Man gibt freilich in London zu, dass der Maoismus erst im Entstehen sein könnte und dass man bei dieser Begriffsbestimmung mehr auf Vermutungen und Kombinationen angewiesen ist als auf reale Tatsachen. Immerhin aber beobachtet man sorgfältiger als sonst die Entwicklung im Fernen Osten und bemüht sich eifrig, Steinchen um Steinchen zu maoistischem Mosaik zusammenzutragen.

Die stärkste Stütze finden diese Vermutungen in der nicht wegzuleugnenden Tatsache, dass Mao Tse Tung heute noch in Moskau weilt.

Fast sieben Wochen sind seit der Staatsfeierlichkeiten zu Ehren von Stalins 70. Geburtstag vergangen, beiderseits der chinesische Kommunistenführer bevorzugt stets an der Seite des jubilierenden Generalissimus gezeigt und - was noch wichtiger war, photographiert wurde. Sieben Wochen dauern nun auch schon die Verhandlungen um einen Freundschaftspakt zwischen Moskau und Peking, der gewissermaßen den Sieg der kommunistischen Waffen auf dem chinesischen Festland krönen sollte. Diese lange Verhandlungsdauer lässt nicht auf einen klaglosen Verlauf schliessen und da nach allem, was bisher bekannt geworden ist, Mao der Gebende und Stalin der Nehmende sein soll, kann die bisherige Verzögerung nur auf den Widerstand Maos zurückzuführen sein. Die Gerüchte um diese Schwierigkeiten erhielten neue Nahrung, als vor wenigen Tagen Mao sich genötigt sah, zu den Verhandlungen seines Aussenminister Chou En-Mai hinzuzuziehen, der nach seiner Ankunft in Moskau erklärte, dass er zur Teilnahme an den Gesprächen für "starke und gut nachbarliche Beziehungen zwischen den beiden grossen Nationen China und Russland" aufgefordert worden sei.

Was bisher aus den schalldichten Mauern des Kreml über diese Gespräche in die Welt gedrungen ist, ist spärlich genug, zumal das Schweigen eine Tugend ist, deren sich auch die Chinesen rühmen können. Die Moskauer Zeitungen beteiligen sich an diesem Schweigen;

von hier und da auftauchenden farblosen und nichtseagenden Kommuniquées abgesehen, erfährt man nichts amtliches über die chinesisch-russischen Gespräche und erhält auch keine Begründung für den langen Aufenthalt Maos. Die Korrespondentenberichte aus Moskau beginnen daher in der Regel mit der Einleitung: "Wie verlautet".

Wie verlautet, hat Stalin Mao Tse Tung bisher vier Forderungen als Dank für die Unterstützung im Bürgerkrieg unterbreitet:

1. Völlige sowjetische Kontrolle über sieben Häfen am "Gelben Meer" und zwar: Chinwangtao, Haichou, Chefoo, Weihaiwei, Tsingtau, Dairen und Port Arthur. Die beiden letzten stehen bereits unter sowjetischer Kontrolle.
2. Weitere Konzessionen gegenüber den "Minderheiten" in Sinkiang, der Inneren Mongolei, der Mandschurei und in Tibet.
3. Erhöhte Nahrungsmittelausfuhren aus der Mandschurei, obwohl in China selbst Hungersnot herrscht.
4. Transfer von 500.000 chinesischen Arbeitern nach Russland.

Schon eine flüchtige Betrachtung dieser vier Punkte zeigt, dass es Mao Tse Tung nicht leicht fallen kann, ohne weiteres "Ja" zu sagen. Alle materielle Unterstützung, deren sich Mao während des Bürgerkrieges durch die Russen erfreute, wäre halb so wirksam gewesen, hätte sie nicht unter dem Motto gestanden, dass der Kampf gegen Tschiangkaischek zugleich ein Kampf gegen die Fremdherrschaft, gegen die "weissen Teufel" sei. Die erkämpfte Souveränität würde aber zum grossen Teil wieder an Moskau abgegeben werden, wenn Mao nachgäbe. Das bezieht sich hauptsächlich auf die Verhältnisse in der Mandschurei, wo Russland seit 1896, seit dem Bau der transsibirischen Eisenbahn weitgehende Hoheitsrechte innehat und seit 1899, da Russland in den Besitz der Häfen Dairen und Port Arthur gelangte. Dazu gehört ferner das 1939 abgeschlossene Luftfahrtabkommen von Sinkiang, das Moskau alle Flughäfen und Radiostationen in Sinkiang überantwortete. Im Juni 1949, als Mao noch in Kanton residierte, erzielten die Russen eine fünfjährige Verlängerung dieses Vertrages.

Die Problematik des chinesisch-russischen Verhältnisses wird noch dadurch erschwert, dass viele Unterführer Maos national-kommunistischen Ideen anhängen. Für sie wäre eine Anerkennung der russischen Forderungen ein schwerer Schlag, der manche Errungenschaften des militärischen Sieges politisch illusorisch machen würde. Es ist freilich zweifelhaft, ob es Mao Tse Tung gelingen wird, seinen Widerstand noch länger aufrechtzuerhalten, zumal er schon allein dadurch im Hintertreffen ist, dass die Verhandlungen in Moskau, im ureigensten Machtbereich Stalins, stattfinden und nicht in Peking.

3/7/52

- 5 -

7.2.1950

Späte Erkenntnis

sp. Am vergangenen Wochenende ist es zur Trennung der der CDU angehörigen Mitglieder der VVN von dieser Organisation gekommen. Der in dieser Gruppe führende Peter Luetsches - Düsseldorf, Herausgeber der früheren VVN-Nachrichten und des jetzigen 20. Jahrhunderts, das die gleiche Funktion hat, erklärte öffentlich, seine Freunde hätten inzwischen erkannt, dass die VVN nichts anderes sei, als der verlängerte Arm der kommunistischen Partei. Luetsches hat die Absicht bekundet, einen neuen Bund der Verfolgten des Naziregimes ohne kommunistische, aber mit sozialdemokratischer Beteiligung zu gründen. Angeblich sollte auch schon eine sozialdemokratische Zustimmung vorliegen.

Im Namen der Gemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten hat, in Erwiderung auf ein entsprechendes Telegramm Luetsches, Egon Franke vom geschäftsführenden Vorstand der SPD telegraphisch geantwortet: "Begrüssen Ihren Entschluss, nicht mehr in kommunistischer VVN mitzuwirken. Bedauern späte Erkenntnis. Es entspricht nicht den Tatsachen, dass wir neuen Organisationen zustimmen. Sind bereit, von Fall zu Fall mit allen Förderern der Wiedergutmachung nazistischen Unrechtes zusammenzuarbeiten".

Ergänzend sei noch vermerkt, dass schon im Mai 1948 eine gemeinsame Erklärung der verschiedenen nicht kommunistischen Gruppen in der VVN vereinbart worden war, die feststellen sollte, dass man nicht gewillt sei, die betont kommunistische Arbeit in der VVN weiterhin mitzumachen. Die einzigen, die seitdem konsequent auf der Linie dieser Vereinbarung operiert haben, sind die Sozialdemokraten gewesen. Wenn im übrigen in den vergangenen Jahren praktisch Naziunrecht wenigstens in gewissem Umfange wieder gut gemacht werden konnte, dann ging das ganz überwiegend auf die Initiative sozialdemokratischer Fraktionen in den Landtagen zurück. Die VVN hat sich im Grunde immer nur auf eine mehr oder weniger geschickt getarnte kommunistische Propaganda beschränkt.
